

Bericht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung
**Stellungnahme zum Indikatorenbericht 2006 des Statistischen Bundesamtes
„Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ und Anforderungen an die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung mit Blick auf den Fortschrittsbericht
2008**

I. Einleitung und Vorbemerkung

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung „Perspektiven für Deutschland“ wurde 2002 mit dem Anspruch ins Leben gerufen, eine Orientierung für nachhaltiges Handeln in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu geben. Sie beinhaltet 21 Indikatoren zur Messung einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland sowie Themenschwerpunkte mit Maßnahmenkatalogen und Pilotprojekten.

Zwei Jahre später legte die Bundesregierung ihren ersten Fortschrittsbericht vor, zu dem der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages (Nachhaltigkeitsbeirat), ein auf fraktionsübergreifenden Konsens bedachtes Gremium, in der vergangenen Legislaturperiode bereits ausführlich Stellung bezogen hat (BT-Drs. 15/5399).

Entgegen der ursprünglichen Absicht, den Fortschrittsbericht regelmäßig alle zwei Jahre selber vorzulegen, beauftragte die Bundesregierung 2006 das Statistische Bundesamt, den vorliegenden „Indikatorenbericht 2006 ‚Nachhaltige Entwicklung in Deutschland‘“ zu erstellen. Der nächste umfassende Fortschrittsbericht ist für 2008 geplant.

Es ist zu begrüßen, dass die Evaluierung der Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erstmals in die Verantwortung des Statistischen Bundesamtes gelegt wurde. Das Statistische Bundesamt liefert eine sachliche Berichterstattung ohne politische Wertungen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, Nachhaltigkeit als roten Faden für Entscheidungen im konkreten Alltag von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft konsequent anzuwenden, d.h. eine ökonomische, soziale und ökologische Ausgewogenheit aller politischen Ziele und Maßnahmen zu erreichen. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist bisher in vielen Punkten wirkungslos geblieben.

Der Nachhaltigkeitsbeirat möchte einen Beitrag zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie leisten, indem er die vorgelegten Ergebnisse bewertet, Zielkonflikte

aufdeckt, Korrekturen vorschlägt und damit die Erfolgskontrolle der Nachhaltigkeitsstrategie und die Zielerreichung verbessern hilft. Die vorliegende Stellungnahme nimmt im folgenden Kapitel auf den Indikatorenbericht 2006 Bezug. Im Anschluss daran formuliert der Nachhaltigkeitsbeirat seine Erwartungen an die für 2008 geplante Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Der Nachhaltigkeitsbeirat stellt fest, dass seine in der Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2004 vorgetragene Kritik sowohl zur Entwicklung der 21 Indikatoren, d.h. ob sich der jeweilige Indikator seinem Ziel angenähert oder entfernt hat, als auch zu den Indikatoren selbst, d.h. ob die verwendeten Teilindikatoren eine realistische und repräsentative Aussagekraft besitzen, keine ausreichende Beachtung gefunden hat.

Auf Grund dieser Feststellung sowie vor dem Hintergrund seiner vom Parlament vorgegebenen Aufgabenstellung widmet sich das vierte Kapitel dieses Berichts einer verbesserten Zusammenarbeit aller politischen Gremien, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

II. Zum Indikatorenbericht 2006: Bewertung der Ergebnisse und der Indikatoren

Im Ergebnis zeigt der „Indikatorenbericht 2006 ‚Nachhaltige Entwicklung in Deutschland‘“ positive und negative Entwicklungen. In einigen Fällen sind die Ziele nicht ausreichend konkret und in anderen Fällen liegt eine Zielerreichung in weiter Ferne, so dass diese im geplanten Zeitraum voraussichtlich nicht realisierbar sind.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass nach wie vor in einigen Fällen eine Prüfung der Indikatoren selbst erforderlich ist. Die gewählten Teilindikatoren ermöglichen nicht immer eine fundierte Aussage darüber, ob man sich dem eigentlichen Ziel der Nachhaltigkeit im jeweiligen Politikfeld nähert, d.h. die gewählte statistische Erhebung hat nur eine geringe Aussagekraft. Gleichwohl muss eine langfristige Vergleichbarkeit der Indikatoren gewährleistet sein. Damit die Grundlage für die erforderliche Kontinuität möglichst bald hergestellt werden kann, ist es notwendig, bei Bedarf die Indikatoren möglichst umgehend zu ergänzen. Nach Möglichkeit sind die entsprechenden Daten rückwirkend festzustellen.

Im Rahmen der Überprüfung und Fortentwicklung der Indikatoren sollen auch Indikatorensysteme europäischer und anderer Länder herangezogen werden, um sich einer globalen Vergleichbarkeit anzunähern.

(1) Ressourcenschonung

Die geplante Verdoppelung der Energieproduktivität von 1990 bis 2020 kann nur erreicht werden, wenn es in den nächsten Jahren zu einer erheblichen Beschleunigung des Produktivitätsanstiegs kommt. Zwar stieg die Energieproduktivität zwischen 1990 und 2006 um 30,9 % an, doch war die Effizienzsteigerung in den vergangenen Jahren nicht mehr so hoch. Auf Grund des gestiegenen Wirtschaftswachstums im gleichen Zeitraum ist der absolute Energieverbrauch sogar nur um 3 % gesunken.

Für eine nachhaltige Entwicklung ist aber nicht nur die Energieeffizienz sondern auch die Verringerung des Energieverbrauches insgesamt bedeutsam. Die Bundesregierung hat mit den Eckpunkten für ein integriertes Energie- und Klimaprogramm Maßnahmen vorgelegt, um den Energieverbrauch insgesamt zu verringern. Diese müssen nun zeitnah umgesetzt werden. Der Nachhaltigkeitsbeirat empfiehlt, den Erfolg der Maßnahmen in den Fortschrittsberichten zu dokumentieren.

Ebenso weit entfernt ist die Zielerreichung bei der Rohstoffproduktivität. Die marginalen Verbesserungen sind laut Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamtes „ausschließlich auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen zurückzuführen“. Zudem ist der dem Teilindikator zugrundeliegende Verbrauch von inländischen Rohstoffen zunehmend durch Importe von Vorgütern (z.B. metallischen Halb- und Fertigwaren) ersetzt worden. Über deren Rohstoffintensität werden keinerlei Angaben gemacht.

(2) Klimaschutz

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf einem guten Weg, ihre internationalen Verpflichtungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen einhalten zu können. Der Hauptanteil am Rückgang der Treibhausgasemissionen ist jedoch auf den Umstrukturierungsprozess in den ostdeutschen Bundesländern Anfang der neunziger Jahre zurückzuführen. Seitdem erfolgte eine geringe Minderung, die hauptsächlich auf eine nur noch schwache Reduzierung im Produktionsbereich zurückzuführen ist.

Der Nachhaltigkeitsbeirat hatte in seiner Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2004 für eine internationale Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz plädiert. Der Nachhaltigkeitsbeirat begrüßt, dass die Bundesregierung Klimaschutzpolitik zur Chefsache erklärt hat und unterstützt ihre Bemühungen, anspruchsvolle international verbindliche Ziele im Kyoto Nachfolgeprotokoll zu erreichen.

Auf nationaler Ebene müssen die gesetzten Ziele nun durch konkrete Maßnahmen

umgesetzt werden. Die verschiedenen Maßnahmen der vergangenen Jahre im Bereich der Energieeffizienz waren dabei ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung.

(3) Erneuerbare Energien

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch verzeichnet einen positiven Entwicklungstrend. Das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch um 4,2% bis 2010 (Basisjahr 1990) zu steigern, wurde bereits jetzt mit einem Anteil von 4,7% übertroffen. Dazu haben politische Maßnahmen der vergangenen Jahre aktiv beigetragen. Der Nachhaltigkeitsbeirat begrüßt diese Entwicklung und fordert die Bundesregierung auf, diese weiterhin mit effektiven und zugleich effizienten Instrumenten zu unterstützen.

Diese erwünschte Entwicklung hat dazu geführt, dass die Anbaufläche für nachwachsende Rohstoffe auf 1,6 Mio. Hektar in 2006 gestiegen ist. In Anbetracht der noch zu erwartenden Steigerung und der gleichzeitig zunehmenden Problematik der Monokulturen und möglichen Flächenkonkurrenz schlägt der Nachhaltigkeitsbeirat zusätzliche Kennziffern vor, die sicherstellen, dass der positive Trend nicht durch andere negative Folgen konterkariert wird.

Eine Option stellen die hierfür in den Niederlanden bereits entwickelten Kennziffern dar, wie z.B.: Treibhausgasbilanz (Vergleich mit fossilen Energieträgern), Wettbewerb mit Lebensmitteln/medizinischen Rohstoffen und Biodiversität (Erhalt von Ökosystemen). Diese Anforderungen sollten auch für „Bioenergie“-Importe gelten. Des Weiteren müssen verstärkt die Ganzpflanzennutzung und Nutzungskaskaden zur optimalen Ausnutzung der Energiepflanzen voran gebracht werden.

(4) Flächeninanspruchnahme

Die Reduzierung der täglichen Neuinanspruchnahme von Flächen stagniert und eine Erreichung des 30-ha-Ziels bis 2020 ist weit entfernt. Die Datengrundlage für diesen Indikator bilden die Liegenschaftsdaten aus den Katasterämtern. Diese Zahlen sind häufig nicht aktuell.

Der Indikator Flächeninanspruchnahme wurde bereits in der Stellungnahme des Nachhaltigkeitsbeirats zum Fortschrittsbericht 2004 kritisiert. Einerseits wird dieser anhand der tatsächlichen Flächeninanspruchnahme gemessen, so dass jederzeit bebaubare Flächen nicht ausgewiesen sind. Eine ergänzende Information über die Entwicklung der zwar noch nicht bebauten aber jederzeit bebaubaren Fläche, also

der Baulandausweisung, wäre sinnvoll. Andererseits sind durch den Indikator keine Rückschlüsse auf die Auswirkungen für biologische Vielfalt und schützenswerte Gebiete möglich, weil die Zerschneidungswirkung keine Berücksichtigung findet.

Deshalb ist eine differenzierte quantitative und qualitative Betrachtung und Zielbestimmung von Flächennutzungsarten notwendig. Um das 30-ha-Ziel zu erreichen, müssen konkrete Handlungsfelder, Maßnahmen und Etappenziele sowie regionale Zielgrößen unter Berücksichtigung der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen benannt werden.

Das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben in Innenstädten trat am 1.1.07 in Kraft. Es ist eine erste Maßnahme, deren Erfolg hinsichtlich der tatsächlichen Wirkung noch zu bewerten ist.

Der demographische Wandel bietet eine Chance für weitere Maßnahmen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich dieser regional unterschiedlich entwickelt. Es gibt ein Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungregionen. Deshalb sollte der Prozess der Begrenzung zusätzlicher Flächeninanspruchnahme für Verkehrs- und Siedlungszwecke mit Augenmaß ausgestaltet werden.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat in seinem Bericht „Demographischer Wandel und nachhaltige Infrastrukturplanung“ (BT-Drs. 16/4900) konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um den Folgen der demographischen Entwicklung entgegenzutreten.

(5) Artenvielfalt

Im Bereich des Indikators Artenvielfalt hat sich seit 1990 wenig verändert; das vorgegebene Ziel scheint in unerreichbare Ferne gerückt. Die Rahmenbedingungen zum Erhalt der Artenvielfalt und der Lebensräume müssen umgehend verbessert werden, um das Ziel noch erreichen zu können. Die zu erwartenden Änderungen der Landschaften durch den demographischen Wandel gilt es mit Blick auf eine Erhöhung der Artenvielfalt politisch zu gestalten. Allerdings hat der Bund nach der Föderalismusreform im Bereich des Naturschutzes nur begrenzte Steuerungsmöglichkeiten, daher sind auch die Länder aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen ihren Beitrag zur Erreichung des Ziels der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu leisten. Der Nachhaltigkeitsbeirat fordert die baldige Umsetzung der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung mit qualitativen und quantitativen Zielen zum Erhalt der Artenvielfalt. Ebenfalls empfiehlt er, im Zuge der Erstellung des Fortschrittsberichtes 2008 eine Anglei-

chung an die Indikatoren der Biodiversitätsstrategie sowohl bei der Artenvielfalt als auch bei der Flächenneuanspruchnahme anzustreben.

(6) Staatsverschuldung

Das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes im Jahr 2006 wurde nicht erreicht. Allerdings ist nach Jahren der Trendverfehlungen 2006 erstmalig mit einem Staatsdefizit von 1,7% das Maastrichtkriterium von 3% erfüllt worden.

(7) Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge

Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP ist seit dem Ausgangsjahr 1991 leicht gesunken. Der Indikator beinhaltet u. a. Bauinvestitionen, deren Steigerung eine Erhöhung der Flächeninanspruchnahme bedeutet. Das gleiche gilt für den Ressourcenverbrauch. Das Statistische Bundesamt hat auf diesen Zielkonflikt hingewiesen.

(8) Innovation

Das vom Europäischen Rat übernommene Ziel von 3 % Ausgabenanteil am Bruttoinlandsprodukt wurde bislang nicht erreicht, auch wenn Deutschland über dem EU-Durchschnitt liegt. Der Teilindikator addiert die Forschungsausgaben aus Wirtschaft, Hochschulen und Staat.

Um das Innovationstempo der Volkswirtschaft zu erhöhen, hat die Bundesregierung die "Hightech-Strategie für Deutschland" verabschiedet. Bis 2009 werden insgesamt rund 15 Milliarden Euro für Spitzentechnologie und technologieübergreifende Querschnittsmaßnahmen bereitgestellt.

Innovationen sind sowohl für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland, aber auch für die künftige Wettbewerbsposition Deutschlands in der Welt wichtig. Der Forschung und Entwicklung sollte deshalb weiterhin Priorität in der Haushaltspolitik eingeräumt werden. Vergleiche hierzu auch den Abschnitt „Forschung und Innovation“ im Teil III dieser Stellungnahme.

(9) Bildung

Der Indikator ist wenig aussagekräftig. Der Nachhaltigkeitsbeirat hat bereits in seiner Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2004 in Bezug auf die derzeitige Ausbildungssituation kumulativ zur Kennziffer der Studienanfängerquote die Studienab-

schlussquote empfohlen. Da die entsprechenden Erhebungen ohnehin vorhanden sind, wäre eine Differenzierung nach sämtlichen Schulabschlüssen sinnvoll.

Der Indikator lässt den Aspekt der Entwicklung (kognitive, soziale und emotionale Entwicklung) von Kindern vor der Einschulung völlig außer Acht. Die bislang formulierten Ziele setzen erst nach Ende der Schulausbildung ein. Die Qualifikation für einen guten Abschluss beginnt viel früher. Bereits im Vorschulbereich werden Weichen gestellt, die elementar für den weiteren Werdegang eines Menschen sind. In Anbetracht von Kinderarmut und der nachgewiesenen geringen Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems, in dem Kinder aus sozial schwachen Familien nur geringe Chancen haben, sich in ihrer sozialen Stellung zu verbessern, sollte ein entsprechend aussagekräftiger Indikator entwickelt werden. Ziel muss es sein, benachteiligte Kinder frühzeitig zu fördern, um ihnen Entwicklungschancen zu eröffnen. Darüber hinaus sollte auch eine eventuelle überdurchschnittliche Begabung frühzeitig festgestellt und gefördert werden.

(10) Wirtschaftlicher Wohlstand

Der Nachhaltigkeitsbeirat hat in seinem Bericht in der vergangenen Legislaturperiode bereits darauf aufmerksam gemacht, dass das Bruttoinlandsprodukt als alleiniger Maßstab für den wirtschaftlichen Wohlstand nicht ausreicht. Es sagt nichts darüber aus, auf welche Art und Weise es produziert wurde, d.h. ob bei der Produktion Aspekte wie Umweltbelastung, Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verteilung beachtet wurden. Um Zielkonflikte mit anderen Indikatoren zu vermeiden, wird als Ergänzung ein Maßstab benötigt, der die entsprechenden Differenzierungen zum Ausdruck bringt. Der Nachhaltigkeitsbeirat weist hier auf die bestehenden Indikatoren „Genuine Progress Indicator“ (GPI) und „Human Development Index“ (HDI) als Möglichkeit hin.

(11) Mobilität

Die drei Teilindikatoren zur Mobilität entwickeln sich nicht in die angestrebte Richtung. Während der Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterverkehrsleistung gesunken ist, hat sich der Anteil des Schienenverkehrs leicht positiv entwickelt. Sowohl Gütertransportintensität, als auch Personentransportintensität steigen an, statt zu sinken. Bei der Bewertung der Indikatoren muss die Prognose eines drastisch erhöhten Transitverkehrs aus dem europäischen Ausland berücksichtigt werden.

Die Teilindikatoren Güter- und Transportintensität sagen nichts über die Art der Ver-

kehrsmittel aus. Die Teilindikatoren Anteil des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung ermöglichen nur eine begrenzte Aussage über eine nachhaltige Verkehrsentwicklung. Ein zusätzlicher Teilindikator auch beim Personenverkehr, der den Anteil des öffentlichen, noch besser des umweltfreundlichen Verkehrs angibt, würde die Aussagekraft des Indikators Mobilität erhöhen. Möglich wären insbesondere Aussagen über den Anteil zugelassener Fahrzeuge mit umweltfreundlichen Antrieben und Kraftstoffen, den Verkehrslärm und andere.

(12) Ernährung

Wir begrüßen die positive Entwicklung der beiden Teilindikatoren. Der Nachhaltigkeitsbeirat hält auch weiterhin eine Erweiterung der Indikatoren für erforderlich, damit das Ziel, die gesamten Umwelteinwirkungen in der Landwirtschaft zu minimieren, stärker zum Ausdruck kommt. Dazu müssen die verschiedenen Bewirtschaftungsmethoden optimiert werden.

Die Problematik der möglichen Konkurrenz bei der Nutzung von Anbauflächen für erneuerbare Energien bzw. für Nahrungsmittel bleibt außen vor.

Während die beiden Kennziffern vor allem über die Produktion der Lebensmittel Auskunft geben, fehlt der Aspekt der Auswirkungen ungesunder Ernährung. Der Indikator sollte durch eine Kennziffer „Anteil adipöser Kinder“ ergänzt werden.

(13) Luftqualität

Die Luftqualität hat sich seit dem Basisjahr 1990 zwar verbessert, in den vergangenen Jahren allerdings nur unwesentlich. Dennoch könnte das Ziel in 2010, eine Reduzierung um 70 %-Punkte gegenüber 1990, erreicht werden.

Da Feinstaubpartikel im Indikator nicht berücksichtigt werden, sollte er diesbezüglich ergänzt werden.

(14) Gesundheit

Neben den Aspekten „vorzeitige Sterblichkeit“ und „Zufriedenheit mit der Gesundheit“ sollte berücksichtigt werden, welchen Zugang die Bürgerinnen und Bürger zur medizinischen Versorgung haben, wie sie am medizinischen Fortschritt teilhaben und wie sich der Bereich der Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennung entwickelt. Ein wichtiger Aspekt ist auch die nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems. Angesichts der Tatsache, dass im internationalen Vergleich mit 11 % ein hoher Anteil

am BIP für Gesundheit ausgegeben wird – bei gleichzeitig mittlerer Lebenserwartung – ergibt sich die Notwendigkeit von mehr Effizienz im Gesundheitswesen.

Auf den Gebieten der Prävention, der Gesundheitsförderung, der Früherkennung und der Stärkung der Eigenkompetenzen der Patienten, aber auch bei der Vernetzung der Versorgungsstrukturen sind noch enorme Anstrengungen erforderlich, aber auch große Potentiale für Verbesserungen vorhanden.

(15) Kriminalität

Das Ziel für 2010 wurde auf Grund einer stärkeren Sensibilisierung der Bürger bereits 2005 übertroffen. Der Nachhaltigkeitsbeirat hält deshalb eine weitere Optimierung für erforderlich. Der Indikator Kriminalität sollte nicht nur auf Wohnungseinbruchsdiebstähle beschränkt werden. Auch wenn diese Zahl rückläufig ist, stiegen die Zahlen von Betrugsdelikten und Körperverletzung an. Wie der Nachhaltigkeitsbeirat bereits in seiner Stellungnahme in der 15. Legislaturperiode reklamierte, müssen Gewaltdelikte mit berücksichtigt werden, um ein realistischeres Bild von Kriminalität geben zu können, denn laut Statistischem Bundesamt machten Wohnungseinbruchsdiebstähle nur rund 21 % der erfassten Straftaten aus.

(16) Beschäftigung

Der Indikatorenbericht 2006 berücksichtigt für den Indikator Erwerbstätigenquote Zahlen aus 2005, aktuellere Entwicklungen zeigen einen positiveren Trend. Die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse ist aus dem Indikator nicht abzulesen. Der Indikator unterscheidet zwischen der Beschäftigung von Frauen und Männern. Die leicht positive Entwicklung bei den Frauen ist auf mehr Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Bislang haben Frauen, insbesondere mit Kindern, nicht dieselben Chancen für eine berufliche Karriere wie Männer.

Es ist allerdings nicht nur die Erwerbstätigenquote von Bedeutung, sondern auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Wir begrüßen die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Dennoch kann nicht von nachhaltiger Beschäftigungspolitik gesprochen werden, wenn zu wenige Fachkräfte ausgebildet werden, um anschließend den Mangel durch kurzfristige Lösungen zu beheben. Vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels muss es darum gehen, vorhandenes Potential bei den Arbeitslosen zu erkennen und gezielt zu fördern. Das von der Politik immer wieder zitierte Motto „lebenslanges Lernen“ sollte gerade hier in die Praxis umgesetzt wer-

den. Der Nachhaltigkeitsbeirat schlägt deshalb einen zusätzlichen Teilindikator „Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit“ vor.

(17) Perspektiven für Familien

Um das ehrgeizige Ziel eines Ganztagsbetreuungsangebots für 30 % aller Kinder bis 2010 in den westdeutschen Bundesländern zu erreichen, sind noch große Anstrengungen erforderlich.

Das Vorhaben, die Ganztagsbetreuung für Kinder auszubauen ist ein wichtiger Schritt dahin, Familien mit Kindern mehr Stellenwert in der Gesellschaft beizumessen. Der Indikator lässt allerdings keinen Rückschluss auf den tatsächlichen Bedarf an Ganztagsbetreuung zu. Er gibt keine Auskunft über jene Betreuung, die freiwillig durch Eltern oder Großeltern aber auch durch Tagesmütter oder andere geleistet wird. Ein zusätzlicher Teilindikator sollte deshalb den Anteil beschäftigter bzw. sich in Ausbildung befindender Eltern angeben. Auf Grund der Langfristigkeit des Indikatorensystems wäre es zudem sinnvoll, auch Ostdeutschland zu erfassen.

Darüber hinaus messen sich die Perspektiven für Familien nicht an der Ganztagsbetreuung alleine. Besonders die Akademiker leiden unter einer langen Ausbildungsdauer an den Hochschulen und dem Zunehmen befristeter Arbeitsverhältnisse. Dies trägt dazu bei, dass der Kinderwunsch in eine spätere Lebensphase verschoben oder auf ein Kind verzichtet wird.

(18) Gleichberechtigung

Es bestehen nach wie vor eklatante Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Löhnen von Frauen und Männern. Während in Ostdeutschland Frauen gut 91 % des Lohnniveaus von gleichaltrigen Männern erzielen, sind es im Westen lediglich knapp 80 %. Grund hierfür ist vor allem, dass Frauen in schlechter bezahlten Branchen oder Berufen tätig sind. Zu dieser Situation trägt die Tatsache bei, dass Frauen ihre Erwerbsbiografie häufiger unterbrechen als Männer. Nicht erfasst wird vom Indikator, dass Frauen in derselben Position meist weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.

(19) Integration

Der Nachhaltigkeitsbeirat hat in seiner Stellungnahme aus der 15. Legislaturperiode angeregt, den Indikator positiv zu wenden, d.h. den Anteil jener Schulabgänger mit

Schulabschluss anzugeben anstatt jenen ohne Schulabschluss.

Der Indikator hat lediglich analytischen Charakter und besitzt keine Aussagekraft über eine gelungene Integration. Auch wenn der Anteil jener ohne Hauptschulabschluss gesunken ist, so ist der Anteil an Schulabgängern ohne jeglichen Abschluss nach wie vor sehr hoch. Das findet keinen Niederschlag im Indikator. Ebenso wenig die berufliche Qualifizierung oder das Erreichen eines Hochschulabschlusses, die für eine gelungene Integration genauso wichtig sind. Der Nachhaltigkeitsbeirat empfiehlt, jeden Schulabschluss in jeweils einem Teilindikator zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, inwieweit Kinder von Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit erfasst werden können, weil die Staatsangehörigkeit alleine keine zuverlässige Aussage über eine gelungene Integration gibt.

(20) Entwicklungszusammenarbeit

Das Etappenziel, die Entwicklungshilfeausgaben auf 0,33 % des BIP im Jahr 2006 zu steigern, wurde bereits 2005 mehr als erreicht. Um das Ziel von 0,7 % bis 2010 zu realisieren, sind dagegen enorme Anstrengungen erforderlich.

Der Nachhaltigkeitsbeirat begrüßt die Zielerreichung für 2006. Es ist allerdings nicht absehbar, ob das Ziel für 2010 erreicht werden kann. Um echte Entwicklungsperspektiven zu bieten, ist es wichtig, den Entwicklungs- und Schwellenländern gleiche Chancen einzuräumen, z.B. bei der Marktöffnung (siehe dazu folgenden Indikator).

(21) Märkte öffnen

Die Einfuhren aus Entwicklungsländern in die EU-15 sind – in absoluten Zahlen – gestiegen. Der Nachhaltigkeitsbeirat hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode reklamiert, dass sich dahinter auch Rohstoffausbeutung verbergen kann. Eine positive Entwicklung des Indikators entsteht schon bei einer extremen Einfuhrsteigerung aus einem einzigen Land, ohne dass sich für andere Länder etwas gebessert hat. Außerdem kann diese aus reinen Preissteigerungen insbesondere bei Rohstoffen wie Öl und Gas resultieren. Zudem ist keine Aussage möglich über die Art der Produktion, d.h. über eine umweltfreundliche Produktion oder faire Arbeitsbedingungen. Für eine realistische Aussage ist eine Ergänzung des Indikators erforderlich.

III. Erwartungen an den Fortschrittsbericht 2008

1. Wiederaufnahme der Schwerpunkte aus der Stellungnahme des Nachhaltigkeitsbeirates in der 15. Legislaturperiode zum Fortschrittsbericht 2004 (BT-Drs. 15/5399)

Der Nachhaltigkeitsbeirat nimmt die Empfehlungen aus der Stellungnahme der 15. Legislaturperiode wieder auf und empfiehlt der Bundesregierung im Fortschrittsbericht 2008 weiterhin eine stärkere Berücksichtigung folgender Handlungsfelder und Aufgaben:

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Weltdekade 2005 bis 2014 „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ sind noch nicht in der breiten Gesellschaft angekommen. Hier ist weiterhin eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Verantwortlich hierfür sind nach der Föderalismusreform mit Ausnahme der beruflichen Bildung nun die Länder. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung soll dazu beitragen, die Verantwortung eines jeden für künftige Generationen zu erhöhen. Denn Erziehung zur Nachhaltigkeit trägt positiv zur Prägung von Lebensstilen bei.

Forschung und Innovation

Im Fortschrittsbericht 2004 wurde das Thema Forschung nur am Rande erwähnt. Dabei handelt es sich hier um ein elementares Feld, auf dem sowohl in Richtung einer nachhaltigen Lebensweise Wichtiges geleistet und erreicht werden kann, als auch berufliche Zukunftsperspektiven für künftige Generationen eröffnet werden. Forschung für eine nachhaltige Entwicklung sollte für die Wissensgesellschaft Deutschland ein Hauptwesensmerkmal sein, das zur Sicherung von Chancen und der Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt deutlich ausgebaut werden muss. Zu nennen sind hier unter anderem die weitere Forschung nach nachhaltigen Energiequellen und Fahrzeugantrieben, die Erhöhung der Ressourcenproduktivität und die Nutzung nachwachsender anstelle fossiler und begrenzter Rohstoffe.

Prävention

Nicht zuletzt auf Grund des demographischen Wandels und der dadurch älter wer-

denden Gesellschaft gilt es, die Möglichkeiten der Prävention als Investition in die Zukunft des Gesundheitssystems stärker zu nutzen.

Zum einen gilt es, die Kompetenzen der Patienten zu stärken, Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrzunehmen und Früherkennungsmaßnahmen, die sich als effektiv erwiesen haben, flächendeckend zu etablieren. Zum anderen kann betriebliche Prävention dazu beitragen, Krankheiten zu verhindern, die Arbeits- und Lebenszufriedenheit zu erhöhen und Frühverrentung zu verhindern. Dazu gehört auch die altersgerechte Gestaltung von Arbeitsprozessen und –abläufen.

Demographie und Infrastruktur

Im Bereich demographischer Wandel verweist der Nachhaltigkeitsbeirat auf seinen Bericht „Demographischer Wandel und nachhaltige Infrastrukturplanung“. Der Bericht enthält konkrete Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung.

Finanzen/Haushalt

Jeder öffentliche Haushalt birgt in sich die Gefahren einer Verschuldung und der Unterlassung notwendiger Investitionen. Beides bedeutet eine Belastung künftiger Generationen. Zum einen dürfen erforderliche öffentliche Investitionen auch im Hinblick auf künftige Generationen nicht versäumt werden. Zum anderen ist bei Investitionen der langfristige Nutzen gegenüber den heutigen und künftigen Kosten abzuwägen, um keine unnötigen Lasten für nachfolgende Generationen zu verursachen. Das gilt insbesondere für das Gebiet der Infrastruktur, weil bauliche Maßnahmen stets langfristig angelegt sind und bei falscher Bedarfsplanung Kosten entstehen könnten für eine spätere Umnutzung, einen Rückbau oder Leerstand. Diese bedeuten nicht selten wiederum Belastungen für die staatlichen Kassen. Investiert werden soll vor allem dort, wo positive kreative Kräfte freigesetzt werden, wie auf den Gebieten der Bildung, der Forschung und der Prävention.

Nach Jahrzehnten des Schuldenaufbaus hält der Nachhaltigkeitsbeirat es darüber hinaus für erforderlich, damit zu beginnen, über einen ausgeglichenen Bundeshaushalt hinaus im Rahmen eines Konjunkturzyklus Haushaltsmehreinnahmen zu erwirtschaften und für Tilgungsleistungen zu verwenden, um somit politische Gestaltungsspielräume für jetzige und künftige Generationen zurückzugewinnen.

Biologische Vielfalt

Ein Verlust an biologischer Vielfalt ist nicht umkehrbar, d.h. es kann nur präventiv vorgegangen werden. Aus diesem Grund sind hier erhebliche Anstrengungen erforderlich.

Die 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP 9) im Mai 2008 in Bonn ist eine große Chance, Fragen der biologischen Vielfalt den Menschen hier in Deutschland näher zu bringen. Eine innovative Kommunikationskampagne kann dazu beitragen, ein schwer fassbares Thema vielen Menschen näher zu bringen und sie für die Belange des Biodiversitätsschutzes zu sensibilisieren. Die Vertragsstaatenkonferenzen der Konvention zum Schutz der Biologischen Vielfalt (CBD) sind das wichtigste internationale Gremium, um Maßnahmen zu ergreifen, die dem Verlust der biologischen Vielfalt entgegenwirken. Deutschland sollte als Gastgeber eine internationale Vorreiterrolle übernehmen. Da dies die letzte Vertragsstaatenkonferenz ist, die vor 2010 gehalten wird, sollten die Umsetzungsmaßnahmen zur Erreichung des 2010-Ziels im Vordergrund stehen. Die Mitgliedstaaten sollten aufgefordert werden, konkrete und überprüfbare Strategien sowie Maßnahmen vorzulegen, zu verabschieden und baldmöglichst umzusetzen.

Deutschland hat mit der Verabschiedung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt eine Grundlage für eine bessere Bewertung und besseren Schutz der biologischen Vielfalt gelegt. Der Nachhaltigkeitsbeirat empfiehlt, die Indikatoren der Biodiversitätsstrategie in die Bewertung für die Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen. Dadurch ist eine stärkere Verzahnung beider Strategien zu bewerkstelligen und die Aussagekraft des bisherigen Indikators „Artenvielfalt“ kann erhöht werden.

2. Weitere Schwerpunkte des Nachhaltigkeitsbeirates der 16. Legislaturperiode für den Fortschrittsbericht 2008

Der Nachhaltigkeitsbeirat hat sich in dieser Legislaturperiode neben dem Thema „Demographischer Wandel und nachhaltige Infrastrukturplanung“ weiterer Themengebiete angenommen und empfiehlt für den Fortschrittsbericht 2008 folgende weitere Handlungsfelder:

Nachhaltigkeitsprüfung

Für eine nachhaltige Entwicklung müssen politische Ressortgrenzen überwunden werden. Nachhaltige Entwicklung orientiert sich nicht an Legislaturperioden. Daher sind Änderungen erforderlich, die dem langfristigen und ressortübergreifenden Anspruch an nachhaltige Entwicklung gerecht werden.

Der Nachhaltigkeitsbeirat empfiehlt, eine Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzesvorhaben, analog zu den Alternativen und Kosten, fest zu installieren, die im Sinne der Folgenabschätzung insbesondere mittel- und langfristige ökologische, soziale und ökonomische Folgen abbildet.

Ein Instrument der Nachhaltigkeitsprüfung für die finanzielle Dimension ist die Generationenbilanzierung. Damit lässt sich der rote Faden der Nachhaltigkeit in möglichst viele Politikentscheidungen konsequent einbinden. Der Nachhaltigkeitsbeirat wird dazu als Ergebnis seiner Anhörungen „Nachhaltigkeitsprüfung“ und „Generationenbilanzen“ noch in dieser Legislaturperiode einen Bericht mit entsprechenden Empfehlungen vorlegen.

Sondervotum DIE LINKE: Für die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag ist das Instrument der Generationenbilanz kein geeignetes Instrument für die Nachhaltigkeitsprüfung.

Wasser als essentielle Ressource

Der Nachhaltigkeitsbeirat weist wiederholt darauf hin, dass es sich bei Wasser um die lebensnotwendigste Ressource überhaupt handelt. Wir können uns um Rohstoff- und Energieeffizienz noch so sehr bemühen, doch wenn Quantität und Qualität von Trink- und Brauchwasser vernachlässigt werden, dann sind die Schäden ungleich schwerwiegender. Während Luftqualität einen eigenen Indikator darstellt, wird Wasser nirgendwo im Indikatorensystem erwähnt.

Saubere Gewässer und funktionierende Abwassersysteme sind ein Indikator für den Grad des Umweltschutzes, d.h. Wasser hat eine ökologische Dimension. Wasser hat zusätzlich eine soziale Dimension, weil weltweit Entwicklungschancen vom Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser abhängig sind. Eine ökonomische Dimension wird sichtbar bei der Kostenfrage und bei der Frage, ob eine Privatisierung Vorteile bringt oder Risiken birgt. Auf Grund seiner elementaren Bedeutung empfiehlt der Nachhaltigkeitsbeirat, Wasser in das Indikatorensystem mit aufzunehmen. Sollte dies nicht möglich sein, dann muss dieses Thema als permanenter Schwerpunkt auf

der Tagesordnung bleiben.

Zuordnung politischer Verantwortlichkeiten

Ein Grund für die nicht zufriedenstellende Verankerung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in der Tagespolitik ist sicherlich die Unverbindlichkeit und Nichtbenennung von politischen Verantwortlichkeiten für einzelne Ziele. In Großbritannien sind beispielsweise die Verantwortlichkeiten auf die einzelnen Ministerien verteilt, die bei Zielverfehlungen diese rechtfertigen müssen und mit Sanktionen belegt werden können. Der Parlamentarische Beirat empfiehlt der Bundesregierung zu prüfen, ob auch in Deutschland eine bessere Verankerung der Nachhaltigkeitsstrategie durch klare Benennung der Verantwortlichkeiten möglich ist.

IV. Verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung

Die Nachhaltigkeitsinstitutionen auf Bundesebene mit dem Green Cabinet, dem Rat für nachhaltige Entwicklung und dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung bieten eine gute Ausgangslage und sind positiv zu bewerten. Allerdings lässt sich die Kooperation durch regelmäßigen direkten Austausch, gemeinsame Schwerpunktsetzungen sowie kontinuierlichen Informationsfluss verbessern.

Auf kommunaler Ebene, auf Länderebene, auf Bundesebene und für die Europäische Union existieren Nachhaltigkeitsstrategien mit unterschiedlichem Entstehungskontext und Bezug. Die Koordinierung zwischen Bund und Ländern muss über die bisherige Berichtsform der Bundesländer im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie hinaus verbessert werden. Es sind weitere Vergleichs- und Abstimmungsmöglichkeiten neben der bestehenden Bund-Länder-Zusammenarbeit in der Umweltministerkonferenz zum Zweck der besseren Koordinierung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategien sowie der Identifizierung gemeinsamer Handlungsfelder zu schaffen.

Die kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse verdienen mehr Anerkennung und Aufwertung. Nicht zuletzt im Sinne einer verbreiteten Akzeptanz der Nachhaltigkeitsstrategie in der Bevölkerung kann eine Fortsetzung des Programms „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ (BIN) dafür der richtige Anreiz sein. Zu einer erfolgreichen Nachhaltigkeits-

strategie gehört auch ihre wirksame Außendarstellung. Daher ist eine zielgruppengerechte Kommunikationsaufarbeitung der Strategie und ihrer konkreten Maßnahmen dringend notwendig.

Es ist grundsätzlich begrüßenswert, dass das Gemeinnützigkeitsrecht zugunsten eines stärkeren bürgerschaftlichen Engagements geändert wurde. Allerdings ist es nicht verständlich, dass Maßnahmen im Umweltbereich nicht zu den unterstützungswürdigen Tätigkeiten gehören. Hier ist eine Gleichstellung erforderlich, denn freiwilliges Engagement im Umweltbereich trägt mit zum Klimaschutz und anderen Umweltzielen bei.

Damit die Nachhaltigkeitsstrategie nicht zum theoretischen Vorhaben verkommt, ist es dringend erforderlich, dass alle in der Politik Handelnden, sowie Unternehmen und Bürger zusammenarbeiten. Der Nachhaltigkeitsbeirat führt bereits den Dialog mit Bürgern, Initiativen und Experten und bietet der Bundesregierung eine enge Zusammenarbeit an.

Auch die Parlamente aller politischen Ebenen sollten sich verstärkt als Ort der öffentlichen Debatte über nachhaltige Entwicklung verstehen!